Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/385
03. 02. 95

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 8. Februar 1995 am Donnerstag, dem 9. Februar 1995

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter **Simon Wittmann (Tännesberg)** (CDU/CSU)	Wie weit sind die Verhandlungen mit der Tschechischen Republik über ein Rechtshilfeabkommen, und wo gibt es gegebenenfalls Probleme, die den Abschluß eines solchen Abkommens behindern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

2. Abgeordneter **Johannes Singer** (SPD)	Was hat die Bundesregierung unternommen, um die von der EG-Kommission beschlossenen Einfuhrerschwerungen für marokkanische Tomaten zu verhindern?
3. Abgeordneter **Johannes Singer** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach den schweren Benachteiligungen der marokkanischen Fischindustrie durch die Europäische Union (ständige ungerügte Vertragsverletzungen durch spanische Fischer im marokkanischen Küstengebiet) der zweite wichtige Exportzweig der marokkanischen Wirtschaft empfindlich getroffen wird, und liegt es nicht nahe, daß solche wirtschaftlichen Benachteiligungen die Bemühungen der marokkanischen Regierung, ihr Land vom Einfluß islamischer Fundamentalisten und vom Rauschgiftanbau freizuhalten, konterkarieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

4. Abgeordnete **Marion Caspers-Merk** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß mit der Einführung der Pflegeversicherung für Grenzgänger völlig unterschiedliche Folgen dadurch entstehen, daß einerseits Arbeitnehmer mit Wohnsitz in Deutschland und Arbeitsstätte in

Frankreich, die deshalb in Frankreich krankenversichert sind, zwar keine Beiträge zur Pflegeversicherung zahlen, aber trotzdem in den Genuß deren Leistungen kommen und andererseits – auch deutsche – Arbeitnehmer mit Wohnsitz in Frankreich und Arbeitsplatz in Deutschland, zwar Beiträge entrichten, aber keine Leistungen erhalten, und plant sie spezielle Regelungen zur Vermeidung derartiger Ungleichbehandlungen?

5. Abgeordnete **Marion Caspers-Merk** (SPD)

Wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Grenzgänger zwischen Deutschland und Frankreich, der Schweiz, Belgien und den Niederlanden sind, sind nach Kenntnis der Bundesregierung im positiven wie im negativen Sinn von dieser Ungleichbehandlung betroffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

6. Abgeordneter **Dr. Hermann Pohler** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird der Bundesminister für Post und Telekommunikation noch vor der allgemeinen Liberalisierung zum 1. Januar 1998 Ausnahmegenehmigungen für private Netz- und Diensteanbieter im Wettbewerb mit der Deutschen Telekom AG erteilen?

7. Abgeordneter **Dr. Hermann Pohler** (CDU/CSU)

Wird der Bundesminister für Post und Telekommunikation seine früheren Verfügungen über die Behandlung von Ausnahmen vom Telefondienst- und Netzmonopol des Bundes auch nach Inkrafttreten des Postneuordnungsgesetzes am 1. Januar 1995 weiterhin anwenden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

8. Abgeordneter **Reiner Krziskewitz** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung in Betrachtung der Regierungspolitik Kasachstans die Lage der deutschen Minderheit in Kasachstan?

9. Abgeordneter **Reiner Krziskewitz** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um einem eventuellen Vertreibungsdruck in Kasachstan entgegenzuwirken?
10. Abgeordneter **Günter Gloser** (SPD)	Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Abschiebung des Kurden Ibrahim Karahan in die Türkei Anfang Januar angesichts des von den Innenministern der Länder vereinbarten Abschiebestopps bis zum 28. Februar 1995?
11. Abgeordnete **Christel Hanewinckel** (SPD)	Muß bei den vom Abschiebestopp für Kurden ausgenommenen Straftätern nicht unterschieden werden zwischen Kriminellen und solchen Asylbewerbern, die nach der Ablehnung aus Angst vor Abschiebung einen zweiten Antrag unter falschem Namen stellen?
12. Abgeordnete **Christel Hanewinckel** (SPD)	Ist die Bundesregierung bereit, daran mitzuarbeiten, daß der Kurde Ibrahim Karahan, der nach der Abschiebung Anfang Januar direkt bei seiner Ankunft in Istanbul verhaftet wurde und sich jetzt im Gewahrsam der Militärpolizei befindet, mittels einer Rückholaktion zurück in die Bundesrepublik Deutschland kommen kann?
13. Abgeordneter **Dr. Erich Riedl (München)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Regelungen über die sog. sicheren Herkunftsländer nach dem neuen Asylverfahrensgesetz aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1993 deshalb bisher zu keiner Entlastung der Verwaltung geführt haben, weil nach wie vor alle Einzelheiten des Vorbringens der Asylbewerber geprüft werden müssen?
14. Abgeordneter **Dr. Erich Riedl (München)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß der Prozentsatz der vollzogenen Entscheidungen bzw. der vollzogenen Abschiebungen nach der sog. Drittstaatenregelung des neuen Asylverfahrensgesetzes lediglich bei etwa 0,3% der Gesamtentscheidungen liegt; und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diesen äußerst unbefriedigenden Zustand wesentlich zu verändern?
15. Abgeordneter **Jürgen Augustinowitz** (CDU/CSU)	Wie ist der aktuelle Stand der Ermittlungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz bezüglich der Verfassungsmäßigkeit der PDS, nachdem mir die Bundesregierung auf meine gleichlautenden Anfragen im Januar 1992, 1993 und 1994 jeweils mitgeteilt hat, die entsprechenden Ermittlungen der Verfassungsschutzbehörden seien noch nicht abgeschlossen?

16. Abgeordneter **Joachim Hörster** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, daß Ministerpräsident Johannes Rau das Bundesamt für Verfassungsschutz über den Spionageverdacht gegen Karl Wienand informiert hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

17. Abgeordnete **Lydia Westrich** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des Bundesministers der Finanzen, Dr. Theodor Waigel, den Kinderfreibetrag um rund 1 000 DM im Jahr aufzustocken sowie das Kindergeld für das zweite Kind um 20 DM im Monat und für das dritte Kind um 30 DM im Monat anzuheben (Bundesminister der Finanzen, Dr. Theodor Waigel, am 7. Januar 1995)?

18. Abgeordnete **Lydia Westrich** (SPD)

Welche Gründe sind für den Bundesminister der Finanzen maßgeblich dafür, daß er keine Erhöhung des Kindergeldes für das erste Kind für erforderlich hält?

19. Abgeordnete **Ingrid Matthäus-Maier** (SPD)

Warum hat die Bundesregierung bis heute keine zwischen den Ressorts abgestimmten Vorschläge zur Reform des Familienlastenausgleichs vorgelegt, obwohl die Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts, das Existenzminimum von Kindern steuerfrei zu stellen, bereits aus dem Jahr 1990 stammt und der Bundesminister der Finanzen, Dr. Theodor Waigel, bereits 1992 versprochen hat, die Bundesregierung werde nach Verabschiedung des Steueränderungsgesetzes 1992 innerhalb der Legislaturperiode Vorschläge zu der Frage unterbreiten, inwieweit innerhalb des dualen Systems des Familienlastenausgleichs auch das Kindergeld weiter erhöht werden könne (Protokoll der Sitzung des Bundesrates vom 14. Februar 1992)?

20. Abgeordnete **Ingrid Matthäus-Maier** (SPD)

Wie beurteilt der Bundesminister der Finanzen die Tatsache, daß Monate nach Abschluß der Koalitionsvereinbarung einerseits und der Notwendigkeit, das Existenzminimum der Kinder steuerfrei zu stellen andererseits, in der Koalition immer noch höchst unterschiedliche Vorstellungen über Art und Umfang des Familienleistungsausgleichs existieren, und binnen welcher Frist gedenkt die Bundesregierung, einen abgestimmten Vorschlag vorzulegen?

21. Abgeordneter **Detlev von Larcher** (SPD)

Wie beurteilt der Bundesminister der Finanzen den Vorschlag der von ihm einberufenen unabhängigen Einkommensteuer-Kommission (Bareis-Kommission), das Kindergeld für das erste und zweite Kind ab 1996 auf monatlich 170 DM (ab 1997 auf monatlich 200 DM), für das dritte Kind auf monatlich 215 DM und für das vierte und jedes weitere Kind auf monatlich 305 DM vom Jahr 1996 an zu erhöhen und bei der Einkommensteuerveranlagung das erhaltene Kindergeld auf Antrag auf die Kinderfreibeträge anzurechnen?

22. Abgeordneter **Detlev von Larcher** (SPD)

Wie beurteilt der Bundesminister der Finanzen den Vorschlag, das heute von der Zahl der Kinder und dem Einkommen der Eltern abhängige Kindergeld sowie den Kindergeldzuschlag bei Familien mit geringem Einkommen durch ein deutlich erhöhtes einheitliches Kindergeld abzulösen und mit dem Steuervorteil aus dem Kinderfreibetrag zu verrechnen sowie den gesamten Kinderleistungsausgleich über das Finanzamt abzuwickeln?

23. Abgeordnete **Nicolette Kressl** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Hinweis des Bundesministers der Finanzen, Dr. Theodor Waigel, das Existenzminimum für Kinder könne über den Kinderfreibetrag noch nicht zum 1. Januar 1996 freigestellt werden (vgl. „Heilbronner Stimme" vom 28. Januar 1995)?

24. Abgeordnete **Nicolette Kressl** (SPD)

Was bedeutet der Hinweis des Bundesministers der Finanzen, „beim Kindergeld werden wir Familien mit mehreren Kindern und geringerem Einkommen stärker fördern als bisher" („Heilbronner Stimme" vom 28. Januar 1995) konkret, und an welche Einkommensgrenzen denkt der Bundesminister der Finanzen hierbei?

25. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Wie viele Dienstposten sind derzeit im einzelnen jeweils bei der Zollfahndung sowie bei der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung (einschließlich Betriebsprüfung und Zollehranstalt) in Freiburg i. Br. unbesetzt, um bei der geplanten Zusammenlegung der Hauptzollämter Kehl und Freiburg in Kehl nichtversetzungswillige Beamte aus dem aufzulösenden Hauptzollamt Freiburg aufzunehmen, und für wie viele Dienstposten müßte bei einer Auflösung des Hauptzollamtes Freiburg darüber hinaus eine andere Lösung gefunden werden?

26. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)	Welche einmaligen und dauerhaften zusätzlichen Kosten wird die geplante Zusammenlegung der Hauptzollämter Kehl und Freiburg in Kehl verursachen, im Vergleich zu einer möglichen Zusammenlegung in Freiburg und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß ein Teil der Kehler Amtsräume angemietet ist, während in Freiburg ein bundeseigenes, zuletzt erst erweitertes und modernisiertes Dienstgebäude zur Verfügung steht?
27. Abgeordneter **Ludwig Stiegler** (SPD)	Wie ist der Stand der Veräußerungen der ehemaligen Liegenschaften der US-Armee in Bayern, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um insbesondere Wohnungen vorrangig für Sozialmieter freizugeben?
28. Abgeordneter **Dr. Helmut Lippelt** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Warum erwägt der Bundesminister der Finanzen nicht, dem französischen Beispiel zu folgen und mit einer Teilkonversion von z. B. 3% in das Programm ECO-Conversion einzusteigen?
29. Abgeordneter **Wolfgang Krause (Dessau)** (CDU/CSU)	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den schienenfahrzeugproduzierenden Bereich der Waggonbau-Dessau-GmbH als Kernproduktion zu erhalten?
30. Abgeordneter **Wolfgang Krause (Dessau)** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung, unter dem Aspekt, daß in Dessau in den vergangenen vier Jahren bereits alle ehemaligen Großbetriebe in ihren Produktionsvolumen und Beschäftigungszahlen auf ein nicht mehr zu vertretendes Maß zurückgegangen sind, nicht eine besondere Förderungswürdigkeit besonders unter dem Aspekt, daß bei der Waggon-Dessau-GmbH neue, innovative Schienenfahrzeuge entwickelt wurden?
31. Abgeordneter **Arne Börnsen (Ritterhude)** (SPD)	Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend dem Verzicht auf die Erhebung von Körperschaft- und Gewerbesteuer für Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts für den Veranlagungszeitraum 1990 im Beitrittsgebiet (vgl. Schreiben des BMF, IV B 7-S 1900-172/92 vom 3. September 1992) auf die Besteuerung der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe der Parteien und Massenorganisationen der DDR (seit dem 1. Juni 1990 gemäß §§ 20a und 20 b PartG-DDR unter treuhänderischer Verwaltung durch die Unabhängige Kommission) auf Antrag aus Billigkeitsgründen – die insbesondere in der Vermeidung eines unangemessen hohen Verwaltungsaufwandes und ggf. mehrjährigen finanz- und verwaltungsgerichtlichen Streitigkeiten zu sehen sind – zu verzichten?

32. Abgeordneter
Arne Börnsen (Ritterhude)
(SPD)

Stimmt die Bundesregierung mit mir überein, daß die Besteuerung der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe der Parteien und Massenorganisationen im Hinblick auf die politischen Ziele und Inhalte des Einigungsvertrages, insbesondere die vorgesehene Verwendung des Altvermögens der Parteien und Massenorganisationen zugunsten gemeinnütziger Zwecke in den neuen Bundesländern, die Anordnung über die Vereinfachung der Erhebung von Abgaben für die wirtschaftliche Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisationen vom 4. Juli 1967 und die Anordnung über die Aufhebung finanzrechtlicher Bestimmungen vom 10. September 1990 auf unklaren, mindestens aber widersprüchlichen Rechtsgrundlagen durchgeführt werden müßte, und welche Steuern – einschließlich der Steuern zu Lasten der Kommunen hinsichtlich der von ihnen übernommenen FDGB-Immobilien ggf. wurden nach Auffassung der Bundesregierung auf das Altvermögen der Parteien und Massenorganisationen zukommen, falls sich die Rechtsauffassung des Verwaltungsgerichts Berlin bezüglich der Freistellung der PDS von Körperschaft- und Gewerbesteuer 1990 bestätigen sollte?

33. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)

Gibt es einen genauen Zeitplan der Bundesregierung zur Umsetzung der geplanten schrittweisen Abschaffung der Gewerbesteuer, und welche Kompensation beabsichtigt die Bundesregierung für die kommunalen Gebietskörperschaften angesichts der nicht mehr zu verantwortenden desolaten Finanzlage der Gemeinden, die durch die vorgesehene Befristung der Arbeitslosenhilfe, mit der die Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit auf die Sozialhilfe und damit die kommunalen Haushalte abgewälzt wird, weiter verschärft wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

34. Abgeordneter
Wieland Sorge
(SPD)

Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Zusage, den verbliebenen 514 ehemaligen Kali-Kumpeln in der Gesellschaft für Verwahrung und Verwertung stillgelegter Bergbauflächen (GVV) einen dauerhaften Arbeitsplatz zu vermitteln, und liegen der Bundesregierung Zahlen darüber vor, wie viele Personen bereits in einem neuen Arbeitsverhältnis vertraglich gebunden sind?

35. Abgeordneter **Wieland Sorge** (SPD)

Wie will die Bundesregierung verhindern, daß im Sommer eine große Anzahl von Kündigungen ausgesprochen werden muß, da sich bislang keine größere Anzahl von Unternehmen in der Region angesiedelt hat?

36. Abgeordneter **Frederick Schulze** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen, um den Bestand der Sangerhäuser Maschinenfabrik (SAMAG) zu gewährleisten, und wann ist mit einem Ergebnis der Initiative des deutsch-russischen Kooperationsrates im Falle der SAMAG zu rechnen?

37. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Aus welchen Gründen haben die Telemit Elektronik GmbH oder ihre Tochterunternehmen während des irakisch-iranischen Krieges Genehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern in den Irak und in den Iran erhalten, und welchen Umfang hatten die Lieferungen?

38. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Ist die Rede des Bundeskanzlers anläßlich der 200-Jahr-Feier der Meyer Werft in Papenburg so zu verstehen, daß Werft- und Reederhilfen gegenüber den ursprünglichen Haushaltsansätzen für 1995 erhöht werden sollen, und wie sieht die Bundesregierung die zukünftige Entwicklung dieser Hilfen in Anbetracht der einschlägigen Beschlüsse der OECD?

39. Abgeordneter **Dr. Winfried Wolf** (PDS)

Hat die im Zusammenhang mit der Ausbildung einer libyschen Spezialeinheit ins Gerede gekommene Münchener Firma Telemit auch, wie die „Tageszeitung/taz" am 13. August 1990 schrieb, „seit den 70er Jahren völlig unbehelligt von bundesdeutschen Behörden modernste militärelektronische Anlagen an den Irak und dessen Kriegsgegner Iran, ebenso an Libyen und Ägypten" geliefert, und trifft es zu, daß „BND und MAD mit eigenen Mitarbeitern in der Telemit-Geschäftsleitung präsent" waren?

40. Abgeordnete **Jutta Müller (Völklingen)** (SPD)

Wann können die Kokskohle produzierenden Bergbauunternehmen mit Bewilligungsbescheiden in welcher Höhe rechnen?

41. Abgeordnete **Jutta Müller (Völklingen)** (SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Kohlehalden bei der Stromwirtschaft, und rechnet sie damit, daß die Stromwirtschaft diese Halden 1996 abbaut?

42. Abgeordnete **Elke Ferner** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Schätzungen vor, die nachweisen, daß auf den Importmärkten für Kohle über 20 Millionen Tonnen auch kurzfristig von deutschen Energieversorgungsunternehmen (EVU) gekauft werden können?

43. Abgeordneter **Dr. Uwe Jens** (SPD)

Wann erfüllt die Bundesregierung ihre Bringschuld, den Kohlepfennig für 1996 durch eine andere Finanzierung abzulösen, und wann legt sie das in § 3 des Gesetzes zur Sicherung des Einsatzes von Steinkohle in der Verstromung in den Jahren 1996 bis 2005 zugesagte Gesetz zur Finanzierung des Finanzplafonds von 1997 bis 2000 vor?

44. Abgeordneter **Dr. Uwe Jens** (SPD)

Nimmt die Bundesregierung bewußt in Kauf, daß durch ihre Untätigkeit Zechen stillgelegt werden müssen und Massenentlassungen bereits in diesem Jahr unvermeidlich werden?

45. Abgeordneter **Norbert Formanski** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß große Energieversorgungsunternehmen nur noch bereit sind, gegenüber 1995 deutlich reduzierte Mengen von deutschen Bergbauunternehmen abzunehmen, und kennt sie den Umfang der geplanten Mengenkürzungen?

46. Abgeordneter **Norbert Formanski** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß nur mit einer gesetzlichen Festlegung der Finanzplafonds zur Kohleverstromung bis spätestens Ende Juni 1995 Lieferverträge zwischen der Stromwirtschaft und den Bergbauunternehmen über 35 Millionen Tonnen noch abgeschlossen werden können, und daß eine weitere Verzögerung zum Zusammenbruch der Kohleverstromung führen wird?

47. Abgeordneter **Volker Jung (Düsseldorf)** (SPD)

Wann legt die Bundesregierung eine haushaltsrechtlich verbindliche Regelung vor, damit die Bergbauunternehmen über eine verläßliche Kalkulationsbasis für ihre Lieferverträge mit der Kraftwirtschaft verfügen, wie dies dem Ziel des Gesetzes „Zur Sicherung des Einsatzes von Steinkohle in der Verstromung in den Jahren 1996 bis 2005" entspricht?

48. Abgeordneter **Volker Jung (Düsseldorf)** (SPD)

Warum lehnt der Bundesminister der Finanzen es ab, eine Verpflichtungsermächtigung für die Kohleverstromung von 1996 bis 2000 im Haushalt des Bundesministeriums für Wirtschaft festzulegen?

49. Abgeordnete **Anke Fuchs (Köln)** (SPD)

Trifft es zu, daß das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom 11. Oktober 1994 (- 2 BvR 633/86 -) allein die Verfassungswidrigkeit des sog. Kohlepfennigs festgestellt hat und die Kohlepolitik allgemein nicht Gegenstand dieses Urteils war, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß dieses Urteil lediglich § 2 des erst im Juni 1994 in Kraft getretenen Gesetzes „Zur Sicherung des Einsatzes von Steinkohle in der Verstromung in den Jahren 1996 bis 2005" betrifft, während der Kern dieses Gesetzes, die Verpflichtung des Bundes, entsprechende Haushaltsmittel für die festgelegten Finanzplafonds bis zum Jahre 2000 zur Verfügung zu stellen, durch das Urteil unberührt bleibt?

50. Abgeordnete **Anke Fuchs (Köln)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es für das Vertrauen in die Politik und damit für die Berechenbarkeit von politischen Entscheidungen äußerst schädlich ist, wenn gesetzlich gegebene Zusagen – noch dazu kurz nach Inkrafttreten der entsprechenden Gesetze – nicht eingehalten und zur Disposition gestellt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

51. Abgeordneter **Günter Graf (Friesoythe)** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Tiefflieger erheblich störende Geräusche verursachen und daher auf ein Minimum reduziert werden sollten?

52. Abgeordneter **Günter Graf (Friesoythe)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß mehr als 200 Tiefflüge über einem Ortsteil an einem Tage mehr sind als störende Geräusche und eher die Gefahr besteht, daß gesundheitliche Beeinträchtigungen in psychischer und physischer Hinsicht bei den dort lebenden Menschen eintreten können?

53. Abgeordneter **Peter Zumkley** (SPD)

Treffen Pressemeldungen der „Welt" vom 10. Januar 1995 zu, wonach Berichte über einen möglichen Militärputsch in Moskau bekannt wurden, und wurden diese Informationen aus dem Bereich der Bundesregierung zugänglich gemacht?

54. Abgeordneter **Peter Zumkley** (SPD)

Falls die Berichte aus dem Bereich der Bundesregierung zugänglich gemacht wurden, geschah dies unter Verletzungen von VS-Bestimmungen?

55. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Gibt es in der NATO Überlegungen oder Berechnungen über die militärischen Aufwendungen (militärische Infrastruktur, Logistik, strategische Planungen, Bewaffnungsstandards, multinationale Truppenstationierung) und deren finanzielle Folgekosten für die eventuelle Erweiterung der NATO nach Zentral- bzw. Osteuropa, und wäre die Bundesregierung zusammen mit anderen NATO-Mitgliedstaaten bereit, einen Teil dieser „NATO-Aufnahmekosten" zu übernehmen?

56. Abgeordneter **Dr. Winfried Wolf** (PDS)

Welche Funktion hat nach Kenntnis der Bundesregierung der US-Luftwaffenstützpunkt auf der kroatischen Insel Brac?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

57. Abgeordneter **Ludwig Stiegler** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit der Krankenkassen in Bayern, nach dem „Bayerischen Weg" in Zukunft auch in den Fällen, in denen die Pflegeversicherung nicht greift, wie bisher helfen zu können, und wird sie ggf. an einer gesetzlichen Nachsteuerung mitwirken, falls das Pflegeversicherungsgesetz nach dem jetzigen Stand der Regelung dies nicht zulassen sollte?

58. Abgeordnete **Susanne Kastner** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Stellungnahme des wissenschaftlichen Beratungskomitees der Europäischen Kommission zur Toxizität und Ökotoxizität der Pestizide im Hinblick auf die Änderung der Trinkwasserrichtlinie, und wird sie entsprechend der Stellungnahme höhere Grenzwerte als 0.1 Mikrogramm/Liter für einzelne Wirkstoffe ablehnen, weil diese für die Europäische Union aus wissenschaftlichen Gründen als nicht genügend sicher angesehen werden?

59. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)	Beabsichtigt die Bundesregierung, zum Gesundheitsschutz von Kindern gesetzliche Regelungen zu erlassen, um Schadstoffe, wie z. B. PCP und Lindan, in Kindermatratzen zu verbieten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

60. Abgeordneter **Rainder Steenblock** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Wie viele der für den Bundesfernstraßenbau 1994 in den neuen Bundesländern bewilligten Haushaltsmitteln sind für den Fernstraßenbau in den alten Bundesländern verwandt worden?
61. Abgeordneter **Peter Dreßen** (SPD)	Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den schlechten Zustand der Bundesautobahn A 5 zwischen Offenburg und Freiburg, der insbesondere auf den rechten Fahrbahnen Schlaglöcher und Lücken zwischen den Bodenplatten aufweist, zu beheben, und in welchem Zeitraum ist mit dem Beginn der Reparaturarbeiten zu rechnen?
62. Abgeordneter **Simon Wittmann (Tännesberg)** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeitigen Probleme der Transportunternehmen im ländlichen Raum, die erforderlichen Autobahngebührenbescheinigungen für schwere Lkw zu bekommen, und ist die Bundesregierung bereit, eine unbürokratische Regelung einzuführen, die einen Erwerb der Bescheinigungen auf Vorrat ermöglicht?
63. Abgeordnete **Gila Altmann (Aurich)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Warum ist die Revierzentrale Cuxhaven in der Antwort der Bundesregierung (Drucksache 13/176) auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gisela Altmann (Aurich) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Auflösung der Seelotsenrevierzentrale (Drucksache 13/133) unter 1. b) nicht erwähnt, die für den Bereich Deutsche Bucht zuständig sein soll, während der Revierzentrale Bremerhaven der Bereich Jade zugeschlagen werden soll?
64. Abgeordnete **Gila Altmann (Aurich)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Wie gelangt die Bundesregierung bei dieser Aufteilung zur Einschätzung einer „möglichen Verbesserung der Verkehrssicherheit"?

65. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(PDS)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß der Transrapid aus der Liste der EU-Kommission für transeuropäische Netze gestrichen wurde im Hinblick auf die Perspektiven der Magnetbahntechnik?

66. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(PDS)

Hält die Bundesregierung unter diesen Voraussetzungen und angesichts der jetzt bekanntgewordenen Deckungslücke im Bundesverkehrswegeplan in Höhe von 17,6 Mrd. DM an den Subventionen für den Transrapid fest?

67. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)

In welchem Umfang würden nach Schätzung der Bundesregierung durch den geplanten Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen natürliche Hochwasserrückhalteräume vernichtet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

68. Abgeordneter
Volker Kauder
(CDU/CSU)

Was hält die Bundesregierung von der „Kalten Rotte" als Müllbehandlungsmöglichkeit, und gibt es Erkenntnisse darüber, ob dieses Prinzip in der praktischen Anwendung erfolgreich funktioniert?

69. Abgeordneter
Volker Kauder
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über den Erfolg der „Kalten Rotte" in der Stadt Freiburg im Breisgau?

70. Abgeordnete
Michaele Hustedt
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung gewährleisten, daß es während des Herstellungsprozesses der hochradioaktiven Glaskokillen in La Hague vor Ort unabhängige deutsche Produktkontrollen gegeben hat oder treffen vielmehr die in der Sendung „Akte 95" auf SAT 1 gesendeten Fakten zu, nach der die französische Firma COGEMA keinerlei deutschen Sachverstand als Kontrolle vor Ort zuläßt und nur auf Drängen der Bundesregierung in jüngster Zeit eine Kontrolle der Kokillen auf Grundlage einer Simulation der von COGEMA gelieferten Daten erfolgt?

71. Abgeordnete **Michaele Hustedt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was hat die Bundesregierung dazu veranlaßt, das Bureau Veritas, das auch mit der Sicherheitsüberprüfung der gesunkenen Fähre Estonia beauftragt war und keinerlei Referenzen im Bereich der nuklearen Abfallwirtschaft vorweisen kann, als Gutachter für die Produktkontrolle der Glaskokillen zu akzeptieren, und trifft es zu, daß das Bundesamt für Strahlenschutz 1992 das Bureau Veritas als Sachverständigen explizit für ungeeignet, weil nicht unabhängig, erklärt hatte?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

72. Abgeordneter **Joachim Hörster** (CDU/CSU)

War Konrad Porzner in seiner Eigenschaft als BND-Präsident der richtige Ansprechpartner für die Prüfung eines Spionageverdachts gegen Karl Wienand?

73. Abgeordneter **Erwin Marschewski** (CDU/CSU)

Wann und wie hat Präsident Konrad Porzner die Bundesregierung erstmals darüber unterrichtet, daß es einen Spionageverdacht gegen Karl Wienand gibt?

74. Abgeordneter **Erwin Marschewski** (CDU/CSU)

Wie hat sich BND-Präsident Konrad Porzner zu der Frage geäußert, ob der SPD-Politiker Dr. Hans-Jochen Vogel ihn mit dem Vermerk Willy Brandts zu dessen Gespräch mit dem früheren sowjetischen Botschafter Falin konkret befaßt hat, und hat Präsident Konrad Porzner den Vermerk gesehen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

75. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, damit bei den im April 1995 vorgesehenen Versteigerungen von Ackerland in den ehemals von Deutschen besiedelten Gebieten Ungarns denjenigen Deutschen, die über Zertifikate der ungarischen Regierung verfügen, eine faire Chance zum Erwerb von Ackerland gewährleistet wird?

76. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung dagegen, daß Rumänien bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von ca. 200 000 Lei von jedem ausreisenden Bürger 15 000 Lei an der Grenze verlangt, obwohl Rumänien das vierte Zusatzprotokoll zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten unterzeichnet hat und obwohl das dieser Praxis zugrundeliegende Gesetz vom rumänischen Verfassungsgericht längst als verfassungswidrig erklärt worden ist?

77. Abgeordneter **Dr. Helmut Lippelt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Umweltprojekte wurden konkret und in welcher Höhe im Rahmen der „Stiftung deutsch-polnische Zusammenarbeit" bisher gefördert?

78. Abgeordneter **Heinrich Graf von Einsiedel** (PDS)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Nichtverlängerung des Mandats für die Blauhelme in Kroatien und speziell der Krajina die Wahrscheinlichkeit für militärische Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Kriegsparteien erheblich erhöht, und wenn ja, beabsichtigt sie noch irgend etwas zu unternehmen, um die Mandatsverlängerung zu erreichen?

79. Abgeordneter **Heinrich Graf von Einsiedel** (PDS)

Gibt es Vorbereitungen der NATO für den in Frage 78 angesprochenen „worst case" und die mögliche Verwicklung der Blauhelme darin, und welche Rolle ist dabei den der NATO zugesagten Einheiten der Bundeswehr zugedacht?

80. Abgeordnete **Marieluise Beck (Bremen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß eines der wenigen Oppositionsblätter in Kroatien, die satirische Wochenzeitung FERAL TRIBUNE, seit eineinhalb Jahren massivem politischen Druck von seiten der Regierung und der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) ausgesetzt ist und mittels zivilrechtlicher Klagen und einer extrem hohen Besteuerung ökonomisch ruiniert werden soll?

81. Abgeordnete **Marieluise Beck (Bremen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung bereit, ihre engen Kontakte zur Regierung von Kroatien zu nutzen, um auf den Erhalt der Pressefreiheit in Kroatien hinzuwirken?

Bonn, den 3. Februar 1995







Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (0 22 42) 60 44, Telefax (0 22 42) 8 31 79
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333